



**CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS**

Département de la santé, des affaires sociales et de la culture
Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur

An die Adressaten
des Vernehmlassungsverfahrens

Vernehmlassungsformular zum Vorentwurf **zur**
Revision
des Gesetzes über die Eingliederung und die Sozialhilfe (GES)

Einreichfrist : 15. September 2019

Per Post an der Dienststelle für Sozialwesen, Avenue de la Gare 23, 1950 Sion,
oder per Email an sas@admin.vs.ch

Name des Organisation :	Gemeinde Stalden
Kontaktperson :	Joël Fischer, Gemeinderat
Adresse :	Märtplatz 7 3922 Stalden
Telefonnummer :	078 / 882 40 10
Datum :	20.08.2019



1. Das Kapitel über die **Allgemeinen Bestimmungen** ist mit der Aufnahme von Artikeln über die Grundsätze (Art. 3), die Begriffsbestimmungen (Art. 4) und die Leistungen (Art. 5) sowie mit dem Hinzufügen eines Artikels, der die Erstellung eines Sozialberichtes einmal pro Legislaturperiode erlaubt (Art. 6), vervollständigt worden. Befürworten Sie diese Änderungen ?

☐ Ja ☒ **Eher ja** ☐ Eher nein ☐ Nein

Hinweis zu Art. 4 Abs. 2.: «oder erhalten haben» ist problematisch. Personen, die keine Leistungen mehr erhalten, sollten nicht mehr als Sozialhilfeempfänger bezeichnet werden

2. Das Kapitel über die **Organisation der Sozialhilfe** ist überprüft worden und Artikel betreffend die Sozialmedizinischen Zentren (Art. 8), die Dachorganisation der SMZ (Art. 9) sowie die Dienststelle für Sozialwesen (Art. 12) sind aufgenommen worden. Befürworten Sie die neue Organisation der Sozialhilfe ?

☐ Ja ☐ Eher ja ☒ **Eher nein** ☐ Nein

Art 11 Abs. 3 Die Gemeinden sind Eigner des SMZ. Dieser Artikel berücksichtigt dies nicht. Richtig für uns wäre, dass das Departement Anpassungen der Organisation eines SMZ vorschlagen kann.

3. Ein neues Kapitel ist ins Gesetz aufgenommen worden, um die **Örtliche Zuständigkeit** genauer zu formulieren. Befürworten Sie das Hinzufügen dieser Bestimmungen ?

☐ Ja ☐ Eher ja ☒ **Eher nein** ☐ Nein

Art. 16 Abs. 2 ist unserer Meinung nach zu löschen. Da auf jeden Fall die Gemeinde des Unterstützungswohnsitzes verantwortlich für die Sozialhilfe ist.

4. Das Kapitel 4 fasst die verschiedenen **Instrumente des Sozialhilfesystems** zusammen, und zwar namentlich den Eingliederungsvertrag (Art. 18), die Zusammenarbeit (Art. 19), den Vertrauensarzt und Vertrauenszahnarzt (Art. 20), die Fachinspektoren (Art. 21) und das elektronische Datenverwaltungssystem (Art. 22). Befürworten Sie die Erwähnung und die Einführung dieser Instrumente ?

☐ Ja ☐ Eher ja ☒ **Eher nein** ☐ Nein

Art. 18 regelt unserer Meinung nach zu wenig detailliert die Abläufe und die Möglichkeiten. Hier bevorzugen wir die Einbindung der Aufzählungen im alten Gesetz Art. 11

Art 20: Interessenkonflikte des Vertrauensarztes mit derselben Funktion für Sozialversicherungen müssen ausgeschlossen werden. Medizinische Begutachtung durch den Vertrauensarzt muss unabhängig vom Arzt der IV Stelle geschehen um Unvoreingenommenheit zu garantieren.

5. Befürworten Sie die Aufnahme der zwei neuen Kapitel betreffend die **Soziale Prävention** und die **Persönliche Hilfe** (nicht finanziell) ?

☒ **Ja** ☐ Eher ja ☐ Eher nein ☐ Nein

6. Befürworten Sie die Verstärkung der **Massnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung** und die Übertragung der Entscheidungsbefugnisse an den Staat in diesem Bereich ?

☐ Ja ☐ Eher ja ☐ Eher nein ☒ **Nein**

Art. 26 und Art. 27 Grundsätzlich sind wir einverstanden, dass die Massnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung gestärkt werden, auf keinen Fall aber darf die Entscheidungsbefugnis an den Staat übertragen werden. Die zunehmende Verlagerung von Kompetenzen von den Gemeinden hin zum Kanton ist nicht korrekt und zielführend. Den kantonalen Instanzen fehlen die Kenntnisse der Gemeinde, welche bislang die diversen Eingliederungsmassnahmen angemessen und pragmatisch ermöglicht haben.

Unserer Meinung nach ist es in Ordnung, wenn der Kanton einen Vorschlag zuhanden der Gemeinde erstellt, diese wiederum aber selber entscheidet.

Die Entscheidung muss Sache der Gemeinde bleiben.

7. Befürworten Sie die neue Version des Kapitels betreffend die **materiellen Leistungen**, insbesondere die Erwähnung von ordentlicher Sozialhilfe, gekürzter Hilfe und Nothilfe und deren Inhalt ?

☒ **Ja** ☐ Eher ja ☐ Eher nein ☐ Nein

8. Befürworten Sie die Kürzung oder gar die Aufhebung der Hilfe im Falle von **Veräusserung von Vermögenswerten** (Art. 32) ?

☒ **Ja** ☐ Eher ja ☐ Eher nein ☐ Nein

9. Befürworten Sie die Beibehaltung der **Rückerstattung von Sozialhilfe** mit Ausnahme bei der Rückkehr zu neuem Vermögen infolge der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit, um insbesondere die Wiedereingliederung der Sozialhilfeempfänger zu unterstützen und um sie dazu zu ermuntern, ihre finanzielle Selbstständigkeit wiederzufinden ?

☐ Ja ☒ **Eher ja** ☐ Eher nein ☐ Nein

Art. 55 Abs 3 lit. a und b Hier muss unserer Meinung nach angefügt werden, dass die Kinder und Jugendlichen Rückerstattungen leisten müssen, falls diese eine Erbschaft antreten.

10. Der Vorentwurf sieht eine **Verjährungsfrist** von 10 Jahren für die Rückerstattung von Sozialhilfeleistungen gemäss den Fristen des Obligationsrechts vor (Art. 56). Befürworten Sie diese neue Verjährungsfrist ?

☐ Ja ☐ Eher ja ☐ Eher nein ☒ **Nein**

Art 56 Es gibt keinen Grund um die Verjährungsfrist von 20 Jahren auf 10 Jahren zu kürzen. Gemäss Schreiben soll diese dem ZGB angepasst werden, was wir nicht befürworten. Eine Verjährungsfrist von 20 Jahren ist nach wie vor in Ordnung und gibt der Gemeinde eine Möglichkeit, auch bei jungen Erwachsenen, bei welchen die Sozialhilfe früh angewandt wurde, die Gelder zurückzufordern.

Art. 58 Abs. 5 hier fehlt der Zusatz „oder wenn der Sozialhilfeempfänger zu neuem Vermögen kommt“.

Art 60 Abs 4 hier macht die Verjährung absolut keinen Sinn. Diese soll gestrichen werden.

11. Befürworten Sie die neuen Bestimmungen zum **Datenschutz und den Informationsaustausch** ?

☒ **Ja** ☐ Eher ja ☐ Eher nein ☐ Nein

12. Befürworten Sie die Artikel betreffend die **Ermittlungen bei unrechtmässigem Bezug von Sozialhilfeleistungen** ?

☒ **Ja** ☐ Eher ja ☐ Eher nein ☐ Nein

13. Befürworten Sie die Einführung von kantonalen **strafrechtlichen Bestimmungen**, die bestimmte vom Bundesrecht nicht gedeckte Straftatbestände ahndet ?

☒ **Ja** ☐ Eher ja ☐ Eher nein ☐ Nein

Hier stellt sich die Frage ob die Klägerparteien so aufgeführt werden müssen oder ob es auch die Gemeinde sein kann?

14. Da die aktuelle Gesetzgebung nicht mehr den Bedürfnissen entspricht, sind die Artikel hinsichtlich der Finanzierung von Organisationen mit sozialem Charakter auf Grundlage der geltenden Praxis komplett überdacht worden. Befürworten Sie die an den mit **den Organisationen mit sozialem Charakter** zusammenhängenden Artikeln vorgenommenen Änderungen ?

☒ **Ja** ☐ Eher ja ☐ Eher nein ☐ Nein

15. Befürworten Sie die an den Artikeln betreffend die **Kostenaufteilung** zwischen dem Staat und den Gemeinden vorgenommenen Änderungen ?

☐ Ja ☐ Eher ja ☐ Eher nein ☒ **Nein**

Art. 80 Abs 3 sind wir nicht einverstanden, dass detaillierte Daten in einem Gesetz niedergeschrieben werden. Wir schlagen vor, hier einer Frist (z.B 2 Monaten) zu sprechen.

Art. 80 Abs 4 Wir sind uns der Verantwortung bewusst. Eine solche Strafe hier einzuführen finden wir unangemessen und nicht zielführend.

Art. 81 „Der Staat übernimmt einen Teil des Überschusses der anerkannten Betriebskosten...“ ist ungenau. Das Verhältnis der Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden von 70% und 30% muss, wie im bisherigen Gesetz beschrieben werden. Ansonsten besteht die Gefahr, Kosten als nicht anerkannte Kosten auf die Gemeinden zu überwälzen.

16. Weitere Feststellungen, Bemerkungen und Vorschläge :

Vielen Dank für die Arbeit an alle Beteiligten.
